

Zürich, 10. Februar 2016

Bühnenreife Theaterstücke im Spar-unwilligen Schauspielhaus

Die Stadt Zürich, der kulturhörige Gemeinderat, die international ausstrahlende und kulturverantwortliche Stadtpräsidentin, ein offensichtlich überforderter Verwaltungsrat, sie alle machen es möglich:
Die kulturelle Selbstverwirklichung in Zürichs Schauspielhaus!

Das Schauspielhaus. Internationale Ausstrahlung. Fünf Bühnen. Jährlich 160'000 Zuschauer. Jedes Jahr 600 Veranstaltungen. Jahresbudget 48.6 Mio. Franken. 288 Theater-Schaffende. Pfauen und Schiffsbau. Ein sogenanntes «Filetstück» in der Theaterszene. Diese und weitere Attribute werden den Zuhörern in den Ratssitzungen jeweils genussvoll in die Gehörgänge vermittelt. Wahrlich bühnenreif.

Sehr geehrte Damen und Herren, fertig Schauspiel - zurück in die Realität. Zurück zur Übernahme von politischer Verantwortung! Mit einer Analyse und den erforderlichen Folgerungen.

Die Kernaufgabe, nämlich eine genügende Auslastung seiner Programme zu gewähren, nimmt das Schauspielhaus offensichtlich nicht wahr. Dafür werden unverständliche Handlungen ausgeführt, die keineswegs in den Aufgabenbereich der mit 38 Mio. Franken subventionierten Institution gehören. Namentlich die Unterbindung des lokalen Gewerbes und das aktive Mitwirken in einem Abstimmungskampf.

Am 25. November 2015 haben wir im Rathaus gemeinsam über das Kulturleitbild debattiert. Und den Kulturinstitutionen in der Stadt Zürich über 100 Mio. Franken für jedes der folgenden vier Jahre zugesprochen. In keinem wiederkehrenden Betriebsbeitrag ist es dem Gemeinderat gelungen, in diesen wirtschaftlich angespannten Zeiten auch nur einen Franken des vom Stadtrat geforderten Budgets zu reduzieren. Dies, während andere Bereiche wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, usw. Federn lassen mussten.

Kultur ist Chefsache. Kultur repräsentiert die Stadt. Kultur ist das Prunkstück der Stadtpräsidentin. Die SP, hörig. Die Grünen im Schlepptau. Die FDP im Interessenskonflikt infolge ihrer Mandate in den Verwaltungsräten der Kulturorganisationen. Andere Parteien mit geringfügigen Ansätzen, die bedingungslose Subvention zu hinterfragen. Die «Classe Politique» der Stadt Zürich mit einer «Selbstbeweihräucherung». Die SVP ist nicht einverstanden mit diesen Freipass-Subventionen, jedoch alleine auf weiter Flur.

Das Schauspielhaus hat in der Spielzeit 2014/15 deutlich weniger Karten verkauft als im Vorjahr. Vor allem die Pfauenbühne schwächelte. Dennoch taxiert der Verwaltungsrat das Ergebnis als erfreulich. Mit 55 Prozent Auslastung kann kein Spitzenhotel zufrieden sein – und auch kein Theater vom Renommée des Schauspielhauses Zürich. Obwohl die Billett-Einnahmen klar unter den Erwartungen lagen, wie im Geschäftsbericht festgehalten ist, weist das mit 38 Millionen Franken subventionierte Haus einen kleinen Gewinn von 30 000 Franken aus. So werden unerwünschte Auslastungen und Zustände zugedeckt und schöngeredet.

Gleichzeitig und im Interesse des lokalen Gewerbes sind namhafte Anbieter wie McDonalds und Spar bereit, Geschäftsmodelle zu entwickeln. Das Schauspielhaus bremst jedoch die geplanten Projekte aus, mit eingereichten Rekursen. Die namhaften Investoren erachten es als Bedürfnis, den Studierenden des angrenzenden Hochschulgebiets, Lebensmittelprodukte anzubieten.

Es geht nicht an, dass sich das Schauspielhaus in die Bedürfnisse und die Entwicklung des lokalen Gewerbes einmischet und so Arbeitsplätze verhindert.

Daneben wirkt das Schauspielhaus auch noch aktiv in einem Wahlkampf mit. Auf der offiziellen Internetseite vom Schauspielhaus wird für ein NEIN zur Durchsetzungsinitiative geworben, was alles andere als die Aufgabe des Schauspielhauses ist.

SVP-Gemeinderatsfraktion der Stadt Zürich

Die SVP fordert den Stadtrat auf, seine Aufsichtspflicht beim Schauspielhaus wahrzunehmen. Dies ist mit drei Verwaltungsratssitzen formell zwar garantiert, jedoch geschieht dies nicht zielorientiert. Zudem erfolgen Interventionen lediglich auf ideologischer und nicht auf ökonomisch sinnvoller Ebene. Das Schauspielhaus hat die Aufgabe, Theaterstücke zu produzieren und nicht auf politischer Ebene ins lokale Gewerbe einzugreifen. Zudem stellt sich die Herausforderung, mit den jährlichen subventionierten 38 Mio. Franken vernunftvolle Auslastungen zu erzielen. Aktuell erscheint die jährliche wiederkehrende Subvention wie ein Freipass, ohne Erwartungen und Ziele. Dies ist ein verantwortungsloser Umgang mit den Steuergeldern.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Martin Götzl, Fraktionschef,
Gemeinderat Daniel Regli, Mitglied SK PRD / SSD

Tel. 079 707 57 82
Tel. 078 656 85 53